

Gemeinsames Lernen in der Schule Konzept der Landesregierung

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich fünf Lehrer nach ihrer Meinung zur Inklusion frage, dann erhalte ich in der Regel fünf verschiedene Antworten. Da ist die ganze Bandbreite dabei:

Der erste Lehrer fand den Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung von Anfang an gut und glaubt immer noch daran. Andere Lehrer nehmen es sportlich und sagen: Es ist jetzt die 20. Reform in 20 Dienstjahren. Die überstehe ich auch noch. - Dann gibt es Lehrer, die erst einmal ungläubig den Kopf geschüttelt und gesagt haben: Das schaffen wir nicht. - Sie merken jetzt aber, dass ein Kind mit Behinderung eine Klasse auch zusammenschweißen kann. Wieder andere Lehrer sagen mir klipp und klar: Wenn die auffälligen Kinder nicht da sind, dann bringe ich den anderen Kindern dreimal so viel bei.

Die allermeisten Lehrer sagen jedoch, dass sie gern alle Kinder fördern würden, aber sie schaffen es einfach nicht. Sie sagen: Ich habe einen Schüler, der jeden zweiten Tag einen Wutanfall bekommt; er geht über Tische und Bänke. Ich habe einen anderen Jungen, der ganz artig ist. Er kann aber am Ende der zweiten Klasse immer noch nicht das A vom O unterscheiden. Dann habe ich ein Mädchen, das eigentlich ganz intelligent ist, aber leider nicht so gut deutsch spricht. Dann habe ich einen Jungen, der zwar aus einer deutschen Familie kommt, aber trotzdem nicht richtig sprechen kann. Ganz hinten habe ich ein Mädchen, das immer vor allen anderen fertig ist. Sie könnte so viel mehr, wenn ich nur mehr Zeit für sie hätte.

Das höre ich von Lehrern, wenn wir über Inklusion sprechen. Was ich von Lehrern eigentlich nicht höre, wenn wir über Inklusion sprechen, ist die Forderung: Lasst uns alle Förderschulen schließen. - Genau das aber war die Parole, mit der die damalige Ministerin Dr. Münch vor einigen Jahren die Lehrer und auch die Eltern schockte, als sie sagte: Bis 2019 sind alle Förderschulen dicht.

Mit viel Eifer und relativ wenig Geschick hat sich Brandenburg Hals über Kopf in diesen Prozess der Inklusion gestürzt und damit - sicherlich unbeabsichtigt, das will ich gar nicht in Abrede stellen - leider viel von der anfänglichen Offenheit, die grundsätzlich da war, zerstört. Seitdem ist der Begriff Inklusion in Brandenburgs Bildungslandschaft leider so verbrannt, dass der Nachfolger von Frau Dr. Münch diesen Begriff am liebsten gar nicht mehr verwenden möchte.

Herr Minister Baaske setzt jetzt zum zweiten Anlauf an. Er räumt damit auch mit manch lieb gewordener Illusion auf. Denn noch bis vor kurzem galten in einigen Teilen die Förderschulen als totalitäre oder reaktionäre Anstalten. Mittlerweile hat sich aber doch die Einsicht durchgesetzt, dass Inklusion für viele Förderkinder eine gute Idee ist, aber eben nicht für alle.

Dass eine totale Inklusion, die überhaupt keine Rücksicht auf den Einzelnen nimmt, die gute Absicht zum Teil in das Gegenteil verkehrt, wenn nämlich das, was kommt, schlechter ist als das, was wir bislang haben, wenn es für niemanden mehr Schutz- oder Schonräume gibt, dann bleibt statt Inklusion nur Frustration. Das kann nicht unser Anspruch sein.

(Beifall CDU)

Nach dem neuen Plan werden Eltern mit gewissen Ausnahmen weiterhin das Recht haben, ihr Kind an die Förderschule zu schicken, zumindest in der Theorie. Wir wollen, dass diese Theorie auch Praxis wird. Es ist nämlich nicht die Aufgabe des Staates, den Eltern aus ideologischen Gründen den Besuch irgendeiner Schule vorzuschreiben.

Nach dem neuen Plan werden Eltern mit gewissen Ausnahmen weiterhin das Recht haben, ihr Kind an die Förderschule zu schicken, zumindest in der Theorie. Wir wollen, dass diese Theorie auch Praxis wird. Es ist nämlich nicht die Aufgabe des Staates, den Eltern aus ideologischen Gründen den Besuch irgendeiner Schule vorzuschreiben.

Parallel dazu schlägt das Konzept sogenannte Schwerpunktschulen für die komplizierten Förderbedarfe vor. Dahinter verbirgt sich im Grunde nichts anderes als Förderklassen an Regelschulen. Das ist meines Erachtens ein ganz ordentlicher Kompromiss aus dem inklusiven Gedanken einerseits und der Notwendigkeit eines Schutzraums oder eines separaten Fördersettings andererseits. In der Theorie, wie gesagt, halte ich es für einen guten Ansatz. Allerdings muss sich auch das in der Praxis erst noch beweisen.

Daneben wird der gemeinsame Unterricht für Förderkinder an den Regelschulen ausgeweitet. Der Minister hat es gesagt: Es ist nicht neu. Wir haben eine lange Tradition und eine lange Erfahrung mit dem gemeinsamen Unterricht. Neu ist allerdings, dass an den Inklusionsschulen jeder Schüler aufgenommen wird, und zwar ohne vorherige Prüfung und Diagnose.

Jetzt wollen wir das ausweiten. Jedes Jahr soll es ca. 80 neue Inklusionsschulen geben. Das ist zugegebenermaßen ein Experiment. Ob dieses Experiment gelingt, liegt nicht allein am Menschenbild bzw. an der richtigen Haltung. Es liegt oftmals auch schlicht am Geld und an den Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen. Wir müssen uns die Frage stellen: Schafft die Landesregierung jetzt die Bedingungen dafür, dass dieses Experiment gelingen kann?

Für 6 % der Schüler an den Inklusionsschulen hat Herr Minister Baaske vier zusätzliche Lehrerstunden pro Woche eingeplant. Über den Daumen gepeilt, macht das eine Lehrerstelle für jeden hundertsten Schüler an den Inklusionsschulen. Das ergibt zusammen über die nächsten zwei Jahre 430 zusätzliche Lehrerstellen.

Dazu muss man sagen: Jawohl, das ist eine bessere Ausstattung als bisher. Man muss aber auch die Frage stellen: Ist es deshalb schon genug? Da bin ich ehrlich: Es sind durchaus Zweifel angebracht. Die Lehrer der Pilotschulen geben nämlich an, dass immerhin 11 % ihrer Schüler eine Diagnose hatten. Bei weiteren 15 % vermuten sie sonderpädagogischen Förderbedarf. Das heißt, dass das neue Inklusionskonzept weniger als die Hälfte des eigentlichen Bedarfes deckt.

All diese Zahlen kommen jetzt nicht aus „Hoffmanns Erzählungen“, sondern die finden Sie in der wissenschaftlichen Auswertung zum Pilotprojekt. Man darf sich schon fragen: Wozu geben wir solche

wissenschaftlichen Untersuchungen in Auftrag, wenn wir deren Ergebnisse am Ende zum Teil ignorieren?

Ich sehe durchaus ein: Irgendwann müssen wir den ersten Schritt gehen. Als ersten Schritt finde ich die geplante Zusatzausstattung durchaus akzeptabel. Als Zukunftsvision dafür, wie inklusives Lernen auch auf lange Sicht erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann, ist diese Ausstattung nicht akzeptabel, sondern miserabel.

Bei den Ressourcen vermisse ich den Ehrgeiz. Beim Zeitplan sind Sie mir dagegen zu ehrgeizig. Jedes Schuljahr sollen 80 Schulen Inklusionsschulen werden. Das heißt: In sechs Jahren soll angeblich das gesamte Brandenburger Schulsystem inklusiv sein. Das halte ich für einen ziemlich waghalsigen Sprint, der vermutlich nur dazu dient, den Dornröschenschlaf der letzten Jahre ein bisschen vergessen zu machen.

Ich hätte es richtig gefunden, wenn man die Vorzeichen umgekehrt und statt möglichst viele Inklusionsschulen mit wenigen Ressourcen zu bilden, Schritt für Schritt vorgegangen wäre und dabei wenige Schulen mit vielen Ressourcen geschaffen hätte. Das wäre aus meiner Sicht deutlich sinnvoller gewesen.

(Beifall CDU)

Der Volksmund sagt: Gut Ding will Weile haben. - Es gibt gute Gründe, diese Weisheit auch bei der Inklusion zu beherzigen.

Erstens: Es mag sein, dass kleine Klassen kein Allheilmittel sind. Aber jeder Lehrer wird Ihnen sagen, dass es beim Umgang gerade mit Förderkindern einen riesigen Unterschied macht, ob es 25 Kinder oder 15 Kinder in der Klasse sind. Mir ist völlig klar, dass wir nicht jede Klasse mit 15 Schülern hinkriegen. Aber wir gehen ja sogar den umgekehrten Weg. Bislang war es so, dass in den Integrationsklassen 23 Schüler der Höchstwert war. Jetzt können in diesen Klassen auch 25 Schüler sein. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Wer 25 Schüler in eine Klasse „stopft“, verurteilt Inklusion von vornherein zum Scheitern.

(Beifall CDU)

Zweitens: Inklusion steht und fällt mit der sonderpädagogischen Kompetenz an Regelschulen. Es stellt sich aber die Frage, woher die kommen sollen, wenn wir schon an den Förderschulen nicht genug Sonderpädagogen haben. An der Stelle verweist das Konzept schmallippig auf den Status quo der Universität Potsdam und auf die dortigen Inklusionspädagogen. Das ist aber alles andere als befriedigend, weil die dortigen Inklusionspädagogen die Inklusion als eine Querschnittsaufgabe kennenlernen. Das ist zwar an sich in Ordnung, ersetzt aber den hochspezialisierten Sonderpädagogen nach wie vor nicht. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass in der „Schule für alle“ auch jeder Lehrer alles können muss. Das klingt nach einer netten Parole, ist aber Unfug.

Drittens möchte ich an die Ergebnisse der Begleitforschung aus dem Pilotprojekt erinnern. Das wichtigste Ergebnis war, dass das Selbstwertgefühl vieler Förderkinder schon sehr früh zu leiden beginnt. Ob zu Recht oder zu Unrecht, sie fühlen sich abgehängt, zuweilen ausgegrenzt. Für Skeptiker wie mich kam das nicht so überraschend. Was allerdings schon ein bisschen überrascht, ist das dröhnende Schweigen des Konzeptes genau zu diesem beunruhigenden Befund. Denn wir wissen

doch, dass die Gefahr der Isolation immer größer wird, je älter die Kinder werden. Gerade weil auch die Lernzuwächse auseinandergehen, wächst die Gefahr, dass die Isolation größer wird.

Wir alle kennen diese herzerreißenden Geschichten von Kindern, die jeden Tag aufs Neue die Erfahrung machen, dass sie immer die Letzten sind, dass sie immer die Langsamsten sind, dass sie mit Mühe und Not mit geschlossenen Augen bis 50 zählen können, während andere Kinder schon schriftlich multiplizieren. Wir müssen uns einfach fragen: Wie fühlen sich diese Kinder nachher in der achten oder neunten Klasse? Reicht es da, wenn wir ihnen einen Inklusionshelfer an die Seite stellen?

Wenn wir darauf keine gute, überzeugende, auch praktikable pädagogische Antwort finden, wird das Konzept zum gemeinsamen Lernen in erster Linie ein hervorragendes Konzept, um Schulverweigerer zu produzieren.

Inklusion gelingt nur, wenn wir alle mitgehen. Leider gibt es in der Bildungspolitik viele, denen es nicht schnell genug gehen kann. Ich würde raten, lieber ab und zu einmal auf die Bremse zu treten, damit wir alle einsteigen lassen können, und nicht immer nur Gas geben, um uns dann im Ziel zu freuen, dass wir früh da sind, aber festzustellen, dass die meisten auf der Strecke geblieben sind.

Meine Damen und Herren, ich will Inklusion nicht verhindern. Verhindern will ich aber, dass in ein paar Jahren fünf Lehrer auf das Konzept zurückblicken und allen Fünfen dann nur noch Bertolt Brecht einfällt, der gesagt hat: Ja, mache nur einen Plan. Sei nur ein großes Licht. Und mache dann noch einen zweiten Plan. Gehen tun sie beide nicht. - Das darf in dem Fall nicht passieren.

Zum Überweisungsantrag der AfD-Fraktion möchte ich Folgendes sagen: Sie wollen, dass wir darüber noch einmal im Ausschuss diskutieren. Ich weise darauf hin, dass wir das schon einvernehmlich beschlossen haben. Das werden wir machen. Dafür brauchen wir keine Überweisung, denn das würde bedeuten, dass dazu noch einmal eine Stellungnahme geschrieben werden muss, um dann hier noch einmal über das gleiche Konzept in unveränderter Form zu diskutieren. Das können wir uns sparen. Die sachliche Diskussion führen wir im Ausschuss ohnehin. Deswegen lehnen wir Ihren Überweisungsantrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)